



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 14 vom 19.7.2012

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

EDITORIAL

- Eichert/Petersen: Freiheit und Bürgersinn
- Susanne Rindt: Bundesfreiwilligendienst als Bildungsjahr
- Benjamin Haas: »weltwärts« unter der Lupe

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Bundesfreiwilligendienst: Entschlussantrag des Landes NRW
- Programm »Soziale Stadt«: Kleine Anfrage beantwortet
- Verfassungsschutz und Gemeinnützigkeit: Kleine Anfrage
- Verfassungsschutz und Gemeinnützigkeit: Offener Brief
- Social Entrepreneurship: Empfehlungen des Mercator Forscherverbundes

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Ad-hoc Gruppe Engagementforschung: Bericht
- AG 7 »Rolle des Engagements bei der Reform des Sozialstaats«: Bericht
- Netzwerkentwicklung des BBE: Neues Projekt gestartet
- Fachtagung Bildung durch Beteiligung: Publikation
- Neue Mitarbeiterin

FACHDISKURS

- Kirche findet Stadt: Veranstaltungsplattform
- Städtenetzwerk: Regionalkongress
- BürgerMachtStadt: Veranstaltung

- Partizipation schwer erreichbarer Zielgruppen: Veranstaltung
- Partizipation von Migrantenorganisationen: Pilotprojekt
- Aktiv für Toleranz und Demokratie: Preisausschreibung
- Vorsorge und Inklusion: Publikation
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

EDITORIAL

Freiheit und Freiwilligkeit als Thema von Engagementpolitik kommen in dieser Ausgabe der Rubrik »Aus und über den Nonprofit-Sektor« aus drei Perspektiven in den Blick. Christof Eichert und Thomas Petersen stellen vor dem Hintergrund einer neuen Allensbach-Umfrage ermittelte Zusammenhänge zwischen Engagement, Freiheitsidee und Bürgersinn in der deutschen Bevölkerung dar. Susanne Rindt betrachtet in ihrem Gastbeitrag den Bundesfreiwilligendienst unter dem Blickwinkel eines potenziell für das weitere, lebenslange Engagement wichtigen Bildungsjahres und diskutiert entsprechend aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen in organisatorischer wie pädagogischer Hinsicht. Bei Benjamin Haas weitet sich die Perspektive in den Bereich internationaler Freiwilligendienste. Er diskutiert in seinem Beitrag wesentliche Schlussfolgerungen der Evaluation des Freiwilligendienstes »weltwärts« und der nachfolgenden Arbeit in den Themenfeldern Zielgruppenerreichung und Optimierung der Rückkehrarbeit.

nach oben

Eichert/Petersen: Freiheit und Bürgersinn

Dass der neue Bundespräsident Freiheit von Beginn zu einem seiner Themen machen konnte, ist auch Ausdruck davon, dass das Thema Freiheit manchmal wie ein Fremdkörper in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion erscheint. Dr. Christof Eichert, Herbert Quandt-Stiftung, und Dr. Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach, stellen in ihrem Gastbeitrag Zusammenhänge zwischen Engagement, Freiheitsidee und Bürgersinn in der deutschen Bevölkerung dar, die in einer neuen Allensbach-Umfrage im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung ermittelt wurden. In der Untersuchung zeigte sich, dass einige Faktoren, von denen man zunächst annehmen konnte, dass sie von Bedeutung für bürgerschaftliches Engagement sein könnten, wie zum Beispiel das Alter und das Einkommen der Befragten, kaum zur Bereitschaft beitragen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dagegen führen freiheitsorientierte Grundüberzeugungen zu einer deutlich erhöhten Engagementbereitschaft.

Gastbeitrag Christof Eichert und Thomas Petersen unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/07/nl14_eichert_petersen.pdf (192 kB)

nach oben

Susanne Rindt: Bundesfreiwilligendienst als Bildungsjahr

Nach einem Jahr Bundesfreiwilligendienst lohnen sich sowohl der Blick zurück als auch der Blick nach vorne. Beides tut Susanne Rindt, Leiterin der Abteilung Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt in ihrem Gastbeitrag über »Den Bundesfreiwilligendienst als Bildungsjahr gestalten - aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen«. Dabei nimmt sie insbesondere die neuen organisatorischen und pädagogischen Herausforderungen in den Blick, die mit der pädagogischen Begleitung der jüngeren Freiwilligen in Zusammenhang stehen. Besonders kritisch nimmt sie die vom Zivildienst übrig gebliebenen Bildungszentren des Bundes in den Blick und erläutert, warum so viele Bildungsgutscheine nicht eingelöst werden. Der Versuch der Subvention zu teurer Bundesinstitutionen, die für andere Aufgaben gemacht worden waren, wird so zu einer Belastung der Träger von Freiwilligendiensten und der Qualität der pädagogischen Begleitung.

Gastbeitrag Susanne Rindt unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/07/nl14_rindt.pdf (177 kB)

nach oben

Benjamin Haas: »weltwärts« unter der Lupe

Der im Jahr 2007 ins Leben gerufene weltwärts-Freiwilligendienst wurde im vergangenen Jahr evaluiert, die Kurzfassung der im Oktober 2011 abgeschlossenen Evaluation erschien als BMZ-Evaluationsbericht 056 (vgl. BBE-Newsletter 02/2012). Benjamin Haas, zuständig für Evaluation und Qualitätssicherung im weltwärts-Sekretariat in der Engagement Global gGmbH, diskutiert in seinem Gastbeitrag wesentliche Schlussfolgerungen der Evaluation und der nachfolgenden Arbeit in den Themenfeldern Zielgruppenerreichung, Optimierung der Rückkehrarbeit und dem Pilotprojekt Reverse-Komponente. Bei dem Gastbeitrag handelt es sich um eine für den BBE-Newsletter vom Autor gekürzte Fassung eines längeren Textes, der bei IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hrsg.), Forum Jugendarbeit 2011-2012, Bonn 2012 erschienen ist.

Gastbeitrag Benjamin Haas unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/07/nl14_haas.pdf (157 kB)

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

Bundesfreiwilligendienst: Entschlussantrag des Landes NRW

Am 6. Juli 2012 hat das Bundesland Nordrhein-Westfalen auf der 899. Sitzung des Bundesrates einen Entschlussantrag zur »Weiterentwicklung des Bundesfreiwilligendienstes« (373/12) eingebracht. Dem Antrag sind vorab die Länder Bremen und Schleswig-Holstein beigetreten. Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Bevollmächtigte des Landes beim Bund, erläuterte den Antrag. Angesichts des großen Interesses an den Freiwilligendiensten wird eine Erhöhung der Mittel gefordert. Vor allem aber geht es um Korrekturen und diverse Feinjustierungen, zum Beispiel um die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Träger und um eine Veränderung des Bundesamtes für

Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). NRW fordert eine gesetzliche Verankerung des Trägerprinzips. Angesichts des hohen Anteils Älterer am Bundesfreiwilligendienst wird eine Reform des Weiterbildungssystems angemahnt, da die Schulungen für Freiwillige unter 27 Jahren auf diesen Personenkreis nicht passen. Für die Bundesregierung reagierte Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Trotz einiger falscher Schlussfolgerungen aus richtigen Beobachtungen sieht er in dem Antrag eine gute Gesprächsgrundlage für eine Weiterentwicklung des Bundesfreiwilligendienstes. Der Antrag wurde in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

Antrag unter

http://www.bundesrat.de/nn_8694/SharedDocs/Drucksachen/2012/0301-400/373-12,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/373-12.pdf

nach oben

Programm »Soziale Stadt«: Kleine Anfrage beantwortet

Das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« war Gegenstand einer Kleinen Anfrage (17/9944) der SPD-Fraktion (BBE-Newsletter 13/2012). Angesichts der erheblichen Mittelkürzungen für das Programm zur Prävention von sozialräumlicher Spaltung und zur Förderung sozialer Integration in Städten fragte die SPD-Fraktion nach der finanziellen und inhaltlichen Weiterentwicklung des Programms. Sie wollte zudem wissen, welche Erkenntnisse der Bundesregierung zur Entwicklung sozialräumlicher Spaltung vorliegen. Die Bundesregierung hat die Anfrage am 2. Juli 2012 beantwortet (17/10217). Darin rechtfertigt sie die Einsparungen bei den Ausgaben für die Städtebauförderung »als einen notwendigen Beitrag zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme des Bundes und damit zur Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes (GG)«. Zugleich kündigt sie an, die Mittel von aktuell 40 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2013 anheben zu wollen.

Antwort unter <http://dip.bundestag.de/btd/17/102/1710217.pdf>

nach oben

Verfassungsschutz und Gemeinnützigkeit: Kleine Anfrage

Der Jahressteuergesetzentwurf 2013 will mit einer kleinen, kaum wahrnehmbaren Änderung einen automatischen Entzug der Gemeinnützigkeit erzwingen, wenn eine Organisation in einem Verfassungsschutzbericht aufgeführt wird (vgl. BBE-Newsletter 6 und 11/2012). Damit würde eine 2008 realisierte Gesetzesänderung weiter verschärft, die damals mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus begründet wurde. Durch die Änderung soll der aktuell noch bestehende Ermessensspielraum der Finanzämter zugunsten der damit zu alleinigen Herren des Verfahrens werdenden Verfassungsschutzbehörden entfallen. Die Fraktion DIE LINKE hat dieses Thema zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung gemacht. Aus ihrer Sicht werden die »Verfassungsschutzämter durch die geplante Neuregelung zu Zensoren der Zivilgesellschaft, die so politisch missliebigen Vereinigungen den finanziellen Boden entziehen«. Da schon die Erwähnung in einem der 17 Verfassungsschutzberichte reichen würde, könnte der »schärfste Inlandsgeheimdienst ... so seine Standards bundesweit durchsetzen.«

Kleine Anfrage unter <http://dip.bundestag.de/btd/17/101/1710181.pdf>

nach oben

Verfassungsschutz und Gemeinnützigkeit: Offener Brief

Gegen die vorgesehene Änderung im Jahressteuergesetzentwurf 2013, die die Verfassungsschutzbehörden zu einer unmittelbar wirksamen Entscheidungsinstanz beim Entzug der Gemeinnützigkeit machen würde (vgl. BBE-Newsletter 6 und 11/2012), wendet sich ein Offener Brief an die Bundestagsabgeordneten, der von einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen unterzeichnet wurde. Er richtet sich gegen diese Verschärfung und fordert eine Abschaffung des damit verbundenen Paragraphen insgesamt. Die Autoren weisen darauf hin, dass sich der 2009 eingeführte § 51 Abs. 3 AO in einer juristischen Grauzone befindet, da der verwendete Begriff »Extremismus« ein unbestimmter Rechtsbegriff ist, der nur in diesem Paragraphen vorkommt. Dies eröffnet der Willkür Tür und Tor, so auch mehrere Gutachten, darunter eines vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Zu den Erstunterzeichnern gehören u. a. Attac Deutschland, Bewegungsstiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Campact e.V., Christliche Initiative Romero (CIR), Engagierte Wissenschaft e.V., Greenpeace e.V., Humanistische Union e.V., Interkultureller Rat in Deutschland e.V., Komitee für Grundrechte und Demokratie, LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie, medico international, NaturFreunde Deutschlands, Pro Asyl, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V., ROBIN WOOD - Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V., Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. und WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.

Offener Brief unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/07/nl14_offener_brief.pdf (348 kB)

nach oben

Social Entrepreneurship: Empfehlungen des Mercator Forscherverbundes

Von 2010 bis 2012 hat der Mercator Forscherverbund, initiiert und gefördert von der Mercator Stiftung, Anwendbarkeit, Nutzen, Grenzen und Wirkungen des Konzepts Social Entrepreneurship wissenschaftlich untersucht. Dabei ging es insbesondere auch darum, gegenüber der stark angelsächsisch geprägten Sicht die Erfahrungen des deutschen Sozialstaatmodells zu berücksichtigen. Auf der Grundlage der Forschungsergebnisse haben die rund 25 Wissenschaftler aus acht Universitäten und Forschungsinstitutionen Handlungsempfehlungen für Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Sozialunternehmen zu den Themen Vernetzung, Finanzierung und Wachstum von innovativem sozialen Handeln vorgelegt.

Empfehlungen unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/07/nl14_empfehlungen.pdf (677 kB)

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

Ad-hoc Gruppe Engagementforschung: Bericht

Am 22. Juni 2012 fand in Berlin die zweite Sitzung der neu gegründeten Ad-hoc Gruppe »Engagementforschung« statt. Dr. Christof Eichert von der Herbert Quandt-Stiftung und Dr. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach waren zu Gast, um die Ergebnisse der neuen Allensbach-Studie »Freiheit und Bür-

gerschaftliches Engagement« vorzustellen. Die Studie gibt Aufschluss zum normativen Verständnis des Freiheitsbegriffs im Engagement in der Spannung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. Zudem referierten Pfarrer z.A. Stephan Seidelmann (Evangelische Kirche in Deutschland), Dr. Holger Krimmer (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) und Dr. Eckhard Priller (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) zum Thema Organisationserhebungen. In der nächsten Sitzung am 11. Oktober 2012 soll v. a. der bis dahin erwartete Engagementbericht der Bundesregierung diskutiert werden. Die Arbeit der Ad-hoc-Gruppe wird durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft unterstützt.

Weitere Informationen zur Ad-hoc Gruppe unter http://www.b-b-e.de/index.php?id=uu_10

nach oben

AG 7 »Rolle des Engagements bei der Reform des Sozialstaats«: Bericht

Die 35. Sitzung der AG 7 fand am 12. Juli 2012 in Köln statt. Thematischer Schwerpunkt war Gesundheit und Engagement; außerdem wurde über die zukünftige Agenda der AG 7 diskutiert. Dr. Johannes Warmbrunn, Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, brachte eine Präsentation zu betrieblichem Gesundheitsmanagement und Aktivitäten aus Baden-Württemberg ein und berichtete über die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts »Pflege engagiert« an der Ev. Hochschule Ludwigsburg. Dr. Lilian Schwalb stellte Ziele und Vorhaben der »Netzwerkentwicklung des BBE« und deren Bezüge zur AG-Facharbeit vor. Daran anknüpfend standen im Mittelpunkt der Sitzung Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung der AG. Es wurden Bedarfe und potentielle Schwerpunktthemen erörtert. Das Thema Pflege und Engagement soll weiter entwickelt und perspektivisch die Themen zeitintensive Engagementformen, Engagement und Betrieb, Soziale Daseinsvorsorge und Welfare Mix sowie Sozialunternehmertum in den Blick genommen werden. In der nächsten Sitzung stehen Fragen der Absicherung Engagierter und der Infrastrukturförderung im Bereich zeitintensiver Engagementformen auf der Tagesordnung. Die AG 7 tagt erneut am 15. November 2012 in Düsseldorf.

Weitere Informationen zur AG 7 unter http://www.b-b-e.de/index.php?id=uu_7

nach oben

Netzwerkentwicklung des BBE: Neues Projekt gestartet

Das Projekt »Netzwerkentwicklung des BBE« ist am 1. Juli 2012 gestartet. Das BBE reagiert damit auf veränderte und gestiegene Bedarfe eines gewachsenen und ausdifferenzierten Netzwerkes und auf die mit seinem neuen Leitbild verbundene Orientierung auf eine »Wissens- und Kompetenzplattform«. Durch eine strategische Weiterentwicklung, eine intensivere Betreuung und neue Formate soll nun darauf hingewirkt werden, dass vorhandenen Ressourcen und Potenziale des Netzwerkes noch besser mobilisiert und neue erschlossen werden können. Ein weiteres Ziel besteht darin, den trisektoralen Charakter des Netzwerkes weiter zu stärken und für die Mitwirkung von Unternehmen spezifische Formate zu entwickeln und einzuführen. Das Projekt ist auf zweieinhalb Jahre angelegt. Die Deutsche Telekom AG, die Mitglied im BBE ist, ermöglicht durch ihre Unterstützung den Anshub der Netzwerkentwicklung des BBE. Mit weiteren potentiellen Partnern aus dem Netzwerk ist das BBE derzeit intensiv im Gespräch.

Projekt unter <http://www.b-b-e.de/index.php?id=14802>

Fachtagung Bildung durch Beteiligung: Publikation

Eine bundesweite Fachtagung fand unter Beteiligung des BBE vom 21. bis 23. Oktober 2010 im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg zum Thema »Bürgerschaftliches Engagement - Bildung durch Beteiligung« statt. Im Mittelpunkt standen das Engagement für Schülerinnen und Schüler und die Weiterentwicklung von Bildung und Schule durch Beteiligung. Die Tagung war Teil einer seit 2004 in verschiedenen Bundesländern stattfindenden Reihe des BBE mit dem Schwerpunkt »Schule und Bürgerschaftliches Engagement«. Organisiert wurde sie von der Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg, dem Landesinstitut Hamburg für Lehrerbildung und Schulentwicklung Projektdidaktik & Demokratiepädagogik, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), der Körber Stiftung, der Bertelsmann Stiftung und dem BBE. Die Dokumentation der Fachtagung, herausgegeben von der Behörde für Schule und Berufsbildung der Hansestadt Hamburg ist im Juni 2012 erschienen.

Dokumentation unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/07/nl14_dokumentation.pdf (2 MB)

nach oben

Neue Mitarbeiterin

Seit Juli 2012 ist Dr. Lilian Schwalb Leiterin des Projekts »Netzwerkentwicklung des BBE«. Zuvor war sie in der Geschäftsstelle des »Ersten Engagementberichts« an der Humboldt-Universität zu Berlin für die wissenschaftliche Begleitung der Sachverständigenkommission und die Koordination der Arbeiten der Geschäftsstelle zuständig. Für das BBE erstellte sie zuvor bereits als freiberufliche Redakteurin die BBE-Newsletter. Am Institut für Politikwissenschaft in Münster arbeitete sie in Forschung und Lehre bei Prof. Dr. Annette Zimmer, war Mitglied der Arbeitsgruppe »Zivilgesellschaft und Demokratie« sowie Koordinatorin der »Graduate School of Politics«. Lilian Schwalb ist Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin (Universität Konstanz) und promovierte bei Prof. Dr. Annette Zimmer an der Universität Münster über Fragen politischer Steuerung und Beteiligung in Städten und Gemeinden im Kontext öffentlich-privater Kooperationen.

nach oben

FACHDISKURS

Kirche findet Stadt: Veranstaltungsplattform

Die Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur und als Partner zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der sozialräumlichen Entwicklung in Städten und ländlichen Räumen: Das ist der Fokus der Veranstaltungsplattform Kirche findet Stadt mit bis zu zwölf Veranstaltungen in den Jahren 2011 und 2012, die bundesweit an Standorten der evangelischen und katholischen Akademien angeboten werden. In Stralsund findet am 16. und 17. August 2012 eine Tagung zum Thema Kirche und Diakonie als zivilgesellschaftliche Akteure in Mecklenburg-Vorpommern statt. Am 31. August und 1. September geht es in Gelsenkirchen und Mühlheim um Kirche in neuen Bündnissen vor Ort. Vier weitere Veranstaltungen folgen im November an anderen Orten.

Veranstaltungsplattform unter
<http://www.kirche-findet-stadt.de/index.php/veranstaltungsplattform>

nach oben

Städtenetzwerk: Regionalkongress

Die lokale Demokratie als Herausforderung und weitere Fragen rund um die Themen der integrierten Stadtentwicklung sollen auf dem ersten Regionalkongress des Städtenetzwerks zur Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung am 4. September 2012 in München diskutiert werden. »Perspektive Bürgergesellschaft - Kommunale Lebenswelten als Räume der Beteiligung« ist der Titel des Kongresses. Dabei kann das Städtenetzwerk des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. mit seinen 18 Teilnehmerstädten inzwischen vielfältige Erfahrungen in die Debatte um die Anforderungen an eine künftige Bürgergesellschaft einbringen.

Weitere Informationen unter <http://www.vhw.de/home/regionalkongress-sued-am-4-september-2012-in-muenchen/>

nach oben

BürgerMachtStadt: Veranstaltung

Der Verbandstag 2012 des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. findet am 20. September 2012 in Berlin statt. Das Gelingen oder das Scheitern demokratischer Prozesse in unserer Gesellschaft entscheidet sich letztlich auf lokaler Ebene, insbesondere dort, wo sich durch Zuzug, Vielfalt, Umbruch und Gegensätze auf engem Raum immer wieder »Stadt« entwickelt. Hierbei spielt der Diskurs über die Zukunft unserer Städte und damit die Stadtentwicklungspolitik eine zentrale Rolle. Deshalb steht der Verbandstag unter dem Motto »BürgerMachtStadt - Kommunen als Rettungsanker der Demokratie?«

Weitere Informationen unter <http://www.vhw.de/home/vhw-verbandstag-2012-am-20-september-2012-in-berlin/>

nach oben

Partizipation schwer erreichbarer Zielgruppen: Veranstaltung

Die Stiftung MITARBEIT veranstaltet am 26. und 27. Oktober 2012 in Mülheim an der Ruhr ein Seminar mit dem Titel »Alle im Boot?! Schwer erreichbare Zielgruppen in Bürgerbeteiligungsprozesse einbeziehen«. Die praxisorientierte Veranstaltung richtet sich an Verantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen. Inhaltlich geht es darum, wie es gelingen kann, Menschen in Partizipationsprozesse einzubeziehen, denen Beteiligung nicht »nahe liegt« und die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren. Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt werden, um benachteiligte Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung zu gewinnen und sie dabei zu unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren?

Weitere Informationen unter
http://www.mitarbeit.de/uploads/media/seminar_alle-im-boot_oktober2012.pdf

nach oben

Partizipation von Migrantenorganisationen: Pilotprojekt

Am 5. Juli 2012 hat in Köln das interkulturelle Projektbüro des bundesweiten Modellprojekts »MIGoVITA - Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Vielfalt und Teilhabe am Übergang Schule - Beruf« seine Pforten geöffnet. Über einen Zeitraum von drei Jahren erhalten Migrantenorganisationen mit türkischem und russischem Hintergrund sowie Sinti und Roma in zehn Städten professionelle Schulung und Unterstützung rund um das Thema »Bildung«. Das interkulturell besetzte Pädagogenteam in Köln entwickelt die Konzepte dazu und koordiniert die Arbeit von Multiplikatoren. Vorgesehen ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Initiative JUGEND STÄRKEN. Das vom Bundesfamilienministerium und der Bundeszentrale für politische Bildung finanzierte Projekt wird durch die Otto Benecke Stiftung e.V. in Kooperation mit dem interkulturellen Jugendverband der Roma und Nicht-Roma, Amaro Drom e.V., der Selbstorganisation Russischsprachiger, PHOENIX-Köln e.V. und der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung umgesetzt.

Weitere Informationen unter <http://www.obs-ev.de/migovita/>

nach oben

Aktiv für Toleranz und Demokratie: Preisausschreibung

Zum zwölften Mal schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in diesem Jahr den Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« mit Geldpreisen im Wert von 2.000 bis 5.000 Euro aus. Das BfDT will zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung unterstützen. Einzelpersonen und Gruppen, die das Grundgesetz auf kreative Weise mit Leben füllen, sollen für ihr Engagement gewürdigt werden, wobei der Kreativität keine Grenzen gesetzt sind, d. h. keine engen Bewerbungsvorgaben gemacht werden. Bewerbungsschluss ist der 28. September 2012.

Weitere Informationen unter <http://www.buendnis-toleranz.de/cms/beitrag/10034137/426220/?rand=771704258>

nach oben

Vorsorge und Inklusion: Publikation

Wie der Sozialstaat wirkt, entscheidet maßgeblich darüber, wie es um die Integrationskraft und das Gerechtigkeitsgefühl in unserer Republik beschaffen ist. Das Konzept des vorsorgenden und inklusiven Sozialstaates spielt dabei in der aktuellen Debatte eine herausragende Rolle. Es geht darum, Vorsorge und Integration früh zu ermöglichen und wirksam zu entfalten. Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie in Brandenburg und Professor für Politikwissenschaften an der Universität Kassel, diskutiert die entscheidenden Facetten vorsorgender, inklusiver Sozialpolitik und präsentiert ein zukunftssträchtiges strategisches Konzept. Die Publikation »Vorsorge und Inklusion. Wie finden Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen?« ist bei der vorwärts|buch Verlagsgesellschaft mbH erschienen.

Weitere Informationen unter <http://www.vorwaertsbuchverlag.de/buecher/vorsorge-und-inklusion>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 9. August 2012. Redaktionsschluss ist der 2. August 2012. Bitte schicken Sie Ihre Informationen an newsletter@b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dipl.-Pol. Johanna Neuling und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Dieser Newsletter wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages, und von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

Hinweis

Gefördert von:



Gefördert vom:

